

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Vorfinanzierungsdarlehen für Abwassersanierung Steg-Malbun

Morgen Donnerstag findet die letzte Landtagssitzung vor der Sommerpause statt – Rechenschaftsbericht

Im Mittelpunkt der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause, die morgen Donnerstag stattfindet, steht zweifellos die Genehmigung des Rechenschaftsberichtes der Regierung und die Landesrechnung 1985. Auf der relativ reichhaltigen Traktandenliste befindet sich aber auch der Antrag für die Vorfinanzierung der Abwassersanierung Steg-Malbun und der Landesbeitrag an das Berufsschulzentrum Buchs. Zu den wichtigen Traktanden gehört schliesslich auch die Änderung des Landesbankgesetzes zur Erhöhung des Dotationskapitals und zur Herausgabe von Partizipationsscheinen.

Der Landtag beginnt seine Sitzung mit einer Gesetzesvorlage, mit der künftig der 8. September («Maria Geburt») als gesetzlicher Feiertag eingeführt werden soll. Das Fest «Maria Geburt» war bis 1970 als Feiertag begangen, dann aber zugunsten des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag aufgehoben worden. Nach dem Pastoralbesuch des Papstes, der auf den 8. September 1985 festgelegt wurde, ergaben sich Bestrebungen zur Wiedereinführung von «Maria Geburt» als gesetzlichen Feiertag. Die Regierung hat nun dem Landtag einen Entwurf unterbreitet, nach dem der 8. September wieder als gesetzlicher Feiertag aufscheint, im Gegenzug jedoch der 25. März («Maria Verkündigung») als staatlich anerkannter Feiertag aufgehoben werden soll.

Partizipationsscheine der Landesbank

Zwei Regierungsvorlagen befassen sich mit der liechtensteinischen Landesbank, die in diesem Jahr ihr 125jähriges Bestehen feiert. Die Bank plant die Herausgabe von Partizipationsscheinen im Umfang von 30 Millionen Franken, um zusätzliches risikotragendes Eigenkapital zu beschaffen, das sonst vom Staat als Dotationskapital aufzubringen wäre. Die Herausgabe von Partizipationsscheinen ist nach den Ausführungen der Regierung mit der bestehenden Staatsgarantie vereinbar, da den Partizipanten kein Mitwirkungsrecht zusteht.

Gleichzeitig wird dem Landtag auch der Antrag zur Erhöhung des Dotationskapitals um 10 Millionen auf 100 Millionen Franken unterbreitet. Dafür soll bei der

AHV ein langfristiges Darlehen aufgenommen werden. Die bisherigen Erhöhungen des staatlichen Dotationskapitals wurden zumeist durch Darlehen bei der AHV vorgenommen.

5,5 Mio. für Berufsschule Buchs

Mit einem Kostenaufwand von 30,8 Millionen Franken soll die kaufmännische und gewerbliche Berufsschule erweitert werden. Unser Land leistet nach den Lehrlingszahlen Beiträge an die Baukosten, an die Betriebskosten sowie an die Kosten der Lehrabschlussprüfungen. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre betrug der Anteil der liechtensteinischen Lehrlinge in der gewerblichen Berufsschule 20,7 Prozent und an der kaufmännischen Berufsschule 52,4 Prozent. Aus dieser Belegung ergibt sich ein Kostenbeitrag von 5,5 Millionen Franken für unser Land, den die Regierung dem Landtag zur Genehmigung unterbreitet.

Abwassersanierung Steg-Malbun

Die Gemeinde Triesenberg sieht sich nach eigenen Angaben offensichtlich nicht in der Lage, derzeit mit eigenen Mitteln die Abwassersanierung im Alpengebiet anzugehen. Für die dringend notwendige Sanierung, die eine Ableitung des Abwassers aus Steg und Malbun in die talseitigen Abwasserreinigungsanstalten vorsieht, fordert die Regierung vom Landtag einen erhöhten Subventionssatz von 60 Prozent an die auf 2,230 Millionen Franken geschätzten Anlagekosten. Ausserdem soll an die Gemeinde Triesenberg ein zinsloses Darlehen für die Restsumme von 892.000 Franken gewährt werden, das in den Jahren 1991–1999 in gleichmässigen Tilgungsraten zurückbezahlt werden soll.

Jahresberichte AHV und LKW

Neben dem Rechenschaftsbericht der Regierung hat der Landtag auch die Jahresberichte der liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) und die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) zu genehmigen. Diese Genehmigung stellt jeweils eine Routineübung dar, doch weist die AHV-Verwaltung nun schon zum wiederholten Male auf die Probleme bei der Anlage der Gelder hin, so dass der Landtag vielleicht eine Initiative zur Lockerung der restriktiven Anlagebestimmungen ergreift. Zu den Routinegeschäften gehören im weiteren Geschäft wie die Konzession an die Gemeinde Triesenberg zur Verbreitung eigener Fernsehprogramme, die Bestellung eines ad-hoc-Vorsitzenden für die Verwaltungsbeschwerdeinstanz, die Wahl des Aufsichtsrates der LKW und die Ersatzwahl in den Verwaltungsrat der Gasversorgung, nachdem dort der neubestellte Geschäftsführer Anton Gerner ausscheidet.

Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung

Zeitlich das umfangreichste Geschäft der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause ist ohne Zweifel die Genehmigung des Rechenschaftsberichtes der Regierung und die Jahresrechnung 1985. In einem detaillierten Verfahren werden sämtliche Einnahmen und Ausgaben gelesen und – sofern gewünscht – diskutiert. Die Abgeordneten haben auch Gelegenheit, die Regierungsvertreter über einzelne Ausgabe- oder Einnahmeposten zu befragen. Die Landesrechnung 1985 schliesst wieder, entgegen den Zahlen des Budgets, mit einem deutlichen Überschuss ab.

Erhebliches Wachstum der Einnahmen aus Steuern und Abgaben

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung – Schätzungen weit übertroffen

Nach den während einigen Jahren eher bescheidenen Zuwachsraten der Einnahmen konnten im letzten Jahr wesentlich höhere Erträge in der Staatskasse verbucht werden. Die effektiven Einnahmen, ohne den buchmässigen Aufwand und Ertrag, werden mit 287,0 Millionen Franken ausgewiesen. Die veranschlagten Limiten wurden um 33,2 Millionen Franken übertroffen, was einer Budgetabweichung von 13,1 Prozent entspricht. Den betragsmässig wichtigsten Teil der Mehreinnahmen brachten, wie aus der nachstehenden Erklärung der Regierung ersichtlich, die Fiskalabgaben ein.

Obwohl die rückwirkend auf das Steuerjahr 1984 in Kraft gesetzte Änderung des Finanz- und Steuergesetzes zum Zwecke der Ausschaltung der kalten Progression mit einem geschätzten Minderertrag von 4,0 Mio. Franken im Voranschlag noch nicht berücksichtigt war, übertreffen die Einnahmen aus Steuern und Abgaben die budgetierten Erwartungen in erheblichem Umfang. Auf der Basis der Zwischenergebnisse des ersten Halbjahres 1984 und unter Zugrundelegung einer mässigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung wurden die Fiskaleinnahmen für das Berichtsjahr auf 171,5 Mio. Franken veranschlagt. Das nun vorliegende Endergebnis weist die Abgabenerträge mit 196,3 Mio. aus, was zu einer Budgetabweichung von 24,8 Mio. Franken oder von 14,5 Prozent führt. Die Mehreinnahmen gegenüber den veranschlagten Limiten fallen damit betragsmässig noch deutlicher in Erscheinung, als dies in den Vorjahresrechnungen der Fall war. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass die Ausweitung des Einnahmenrahmens auch von einigen Sonderfällen mitbeeinflusst wurde, die zu einer starken Erhöhung der Erträge bei der Grundstückgewinnsteuer und bei den Stempelabgaben führten. Aber auch bei den meisten übrigen direkten und indirekten Abgaben verlief die Einnahmementwicklung besser als erwartet. Deutlich

über den veranschlagten Limiten liegen im besonderen die Erträge aus der Kapital- und Ertragssteuer sowie die Einnahmen aus der Couponsteuer.

Der Landesanteil an der Vermögens- und Erwerbssteuer brachte um 3,0 Mio. Franken geringere Einnahmen ein, als veranschlagt war. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die vom Landtag im Juli beschlossene Abänderung des Finanz- und Steuergesetzes rückwirkend auf das Steuerjahr 1984 in Kraft trat und deshalb im Voranschlag als Ertragsminderung noch nicht berücksichtigt war. Allerdings fiel der Einnahmefall um 1,0 Mio. Franken geringer aus, als dies bei der Beratung der Gesetzesvorlagen anzunehmen war. Mit Einnahmen von rund 24,6 Mio. wurden die budgetierten Erwartungen bei der Kapital- und Ertragssteuer um 5,1 Mio. Franken überschritten. Diese gewichtige Ausweitung ist in erster Linie auf einen überdurchschnittlichen Anstieg der steuerbaren Erträge der tätigen Verbandspersonen zurückzuführen.

Angesichts der durchschnittlichen Ergebnisse in den Jahren 1982 bis 1984 von 18,4 Mio. Franken muss die Ertragssteigerung auf 24,6 Mio. Franken zum Grossteil als ausserordentlicher, der guten Konjunkturlage zurechenbarer Mehrertrag bezeichnet werden. In den um 6,2 Mio. Franken über den budgetierten Erwartungen liegenden Mehreinnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer kommen die betragsmässig wichtigsten Handänderungsabgaben im Zusammenhang mit dem Landerwerb der Gemeinde Triesenberg und des Landes zum Ausdruck, die allein rund zwei Drittel des Einnahmentotals einbrachten. Nach der stagnierenden Entwicklung in den Rechnungsjahren 1981 bis 1983 weisen auch die besonderen Gesellschaftssteuern wieder ein ansprechendes Wachstum auf, wurden doch die Budgetschätzungen um rund 3,1 Mio. Franken übertroffen. Eine betragsmässig gewichtige Abweichung von den Vor-



Der FBP-Landesausschuss trat unter dem Vorsitz von FBP-Interimspräsident Josef Biedermann zur letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Zur Diskussion standen vor allem die Vorarbeiten für die FBP-Klausurtagung und das FBP-Postulat sowie die Initiative der «Freien Liste» für ein «Doppeltes Ja» bei Abstimmungen.

Zwei Vorschläge – ein Ziel

Sitzung des FBP-Landesausschusses im «Rössle», Schaan

Die Initiative der «Freien Liste» und der bereits im letzten Herbst von der FBP-Fraktion im Landtag eingebrachte Vorstoss für ein «Doppeltes Ja» bei Volksabstimmungen war einer der Schwerpunkte, mit denen sich der FBP-Landesausschuss am Montagabend in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause befasste. Im weiteren wurden Nominierungen vorgenommen und das Traktandum der Landtagssitzung vom Donnerstag durchbesprochen.

FBP-Interimspräsident Josef Biedermann informierte einleitend die trotz der

grossen Hitze sehr zahlreich erschienenen Landesausschussmitglieder über die Arbeit des Parteipräsidiums, insbesondere über die erste vorbereitende Sitzung des Parteivorstandes für die FBP-Klausurtagung. Bis zur Klausurtagung im Herbst, die in erster Linie die programmatischen Schwerpunkte der FBP-Politik in den nächsten Jahren erarbeiten und Leitlinien der FBP-Politik für die Gemeinde- und Landesebenen verabschieden soll, wird der FBP-Vorstand zu weiteren Vorbereitungstreffen zusammenkommen.

Mit dem Begriff «Zwei Vorschläge – ein Ziel» umschrieb FBP-Interimspräsident Josef Biedermann die Situation nach der Lancierung der Initiative für ein «Doppeltes Ja» bei Abstimmungen durch die «Freie Liste», nachdem zu dieser Thematik bereits seit dem letzten Herbst ein FBP-Postulat dazu vorliegt. Auch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille unterstrich die gleichen Zielsetzungen der beiden Vorstösse, gab aber zu verstehen, dass das FBP-Postulat der Regierung freie Hand lasse, die beste und einfachste Lösung zu suchen, während die «Freie Liste» einen formulierten Gesetzesentwurf vorgelegt habe.

Nach einer eingehenden Diskussion über die Vorteile des «Doppelten Ja» kam der FBP-Landesausschuss überein, dass über die beiden Vorstösse nochmals beraten werde, sobald die Antwort der Regierung auf das Postulat der FBP-Fraktion vorliege und sich der Landtag damit zu beschäftigen habe. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ging in einer Erklärung davon aus, dass sich der Landtag nach der Sommerpause wohl gleichzeitig mit der Initiative der «Freien Liste» und dem Regierungsbericht zum FBP-Postulat befassen werden.

Der FBP-Landesausschuss nahm nach dieser Erörterung Nominierungen für Aufsichts- und Verwaltungsratsposten vor und liess sich von Fraktionssprecher Josef Biedermann über die wichtigsten Traktanden der nächsten Landtagssitzung informieren.

Gonzalez in Spanien formell zurückgetreten

Madrid (spk/dpa) Die spanische Regierung unter Ministerpräsident Felipe Gonzalez ist am Dienstag formell zurückgetreten. Gonzalez und sein Kabinett verwalten ihre Posten aber weiter, bis eine neue Regierung ihr Amt antritt. Das neue Parlament, in dem die Sozialisten nach den Wahlen vom Sonntag trotz Stimmenbussen wieder die absolute Mehrheit stellen, tritt am 15. Juli zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. König Juan Carlos beriet am Dienstag mit dem geschäftsführenden Regierungschef Gonzalez das Wahlergebnis.

«Holocaust»-Film in Knesset bei Waldheim-Amtsantritt

Tel Aviv (AP) Am Tag der Amtseinführung des neuen österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim am 8. Juli soll nach einer Mitteilung vom Dienstag im israelischen Parlament der neunstündige Dokumentarfilm «Holocaust» über die Leiden des jüdischen Volkes unter der NS-Herrschaft vorgeführt werden. Wie eine Parlamentssprecherin ankündigte, sollen zu der Vorführung, die in zwei Teilen am Morgen und am Abend stattfindet, alle 120 Abgeordnete der Knesset eingeladen werden. Vom Erziehungsausschuss des Parlaments wurde die Filmaufführung als Protest gegen die Wahl des früheren UNO-Generalsekretär zum österreichischen Bundespräsidenten angesetzt. Gegen Waldheim sind Vorwürfe im Zusammenhang mit seiner Militärdienstzeit im Zweiten Weltkrieg erhoben worden.



WM heute Mittwoch

Halbfinalspiele

- 20.00 Frankreich – BRD
(In Guadalajara)
- 24.00 Argentinien – Belgien
(In Mexico-City)